

2. Unterstüßungen.

Table with 5 columns: In Arbeitslosenunterstützung kann gewährt werden, in Beträgen nach Klassen, Karenz nach Beträgen, pro Tag, Höchstbetrag, Dauer Tage. Rows 1-7.

Table with 5 columns: In Krankenunterstützung kann gewährt werden, in Beträgen nach Klassen, Karenz nach Beträgen, pro Tag, Höchstbetrag, Dauer Tage. Rows 1-7.

Table with 5 columns: In Umzugsunterstützung kann gewährt werden, Karenz nach Beträgen, Klasse 4, Klasse 5, Klasse 6, Klasse 7. Rows 1-13.

In Invalidenunterstützung kann gewährt werden: Nach der in § 32 vorgesehene Karenz 300 Mf. pro Monat; nach weiteren 200 Beiträgen 400 Mf. pro Monat, nach nochmals 200 Beiträgen 500 Mf. pro Monat.

In Hinterbliebenenunterstützung kann gewährt werden:

Table with 5 columns: Dauer nach Wochen, pro Woche, ins-gesamt, pro Woche, ins-gesamt. Rows for Klasse 4 and Klasse 6.

In Streitunterstützung kann pro Tag gewährt werden (1 Woche = 6 Tage):

Table with 7 columns: Klasse 1-7, Beträge. Rows 1-5.

Außerdem kann für jedes Kind unter 14 Jahren, dessen Ernährer der Streitende ist, eine Unterstüßung von 10 Mf. pro Tag gegeben werden.

Die neuen Unterstüßungssätze treten am 1. Oktober in Kraft.

3. Beitragsanteile.

Für Zahlstellen ohne Angestellte verbleiben 10 Proz. für Zahlstellen mit Angestellten verbleiben 4 Proz. der Beitragseinnahme, ohne den Anteil für die Invalidenunterstützung.

Die erste Tagung des Verbandes

Die am 15. und 16. September in Leipzig stattfand, war ein ehrenbes Zeugnis für den Willen unserer Mitglieder bzw. deren Vertreter im Beirat, unseren Verband in der gegenwärtig außerordentlich kritischen Zeit wieder auf die Höhe zu bringen und ihm die finanzielle Stärkung zu geben, die notwendig ist, damit sein Kampfscharakter und seine Kampffähigkeit gewahrt bleibt. Aber noch in anderer Beziehung war diese Tagung bedeutsam, das ist, daß entgegen den bisherigen Gepflogenheiten auf dieser Tagung keine besonderen Fraktionsstimmungen stattgefunden haben. Auf allen Seiten kam der geschlossene Wille zum Ausdruck, für die kommenden Kämpfe gerüstet dazustehen. Mit Rücksicht darauf, daß die in den letzten Monaten eingetretene rapide Entwertung der Mark und der dadurch bedingten ungeheuren Teuerung auch verhältnismäßig sehr starke Lohn erhöhungen mit sich gebracht hat, die naturgemäß eine ansehnliche Erhöhung der Beiträge erforderlich machen und für die Durchführung der Beiratsbeschlüsse letzten Endes unsere Gauleiter die verantwortlichen Personen sind, waren ausnahmsweise diesmal auch die Gauleiter zur Beiratstagung geladen. Wenn in der einleitenden Debatte am ersten Verhandlungstage auch vereinzelt zum Ausdruck kam, daß man sich die Ausgaben für die Hinzuziehung der Gauleiter wohl hätte sparen können, so überzeugte man sich doch bald von der Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme. Ein weiterer ausstauender Wunsch, dem Beirat einen neuen Kopf zu wählen, fand außer bei dem Antragsteller nur wenig Gegenliebe, er wurde mit dem Hinweis auf die frühere Stellungnahme des Beirats und die Unzweckmäßigkeit des Antrages gegen wenige Stimmen abgelehnt.

1. Verhandlungstag.

Die Tagung wurde vom Kollegen Hauelsen am 15. September, vormittags 9 Uhr, mit einer Begrüßung der Erschienenen eröffnet. Zur Verhandlung stand:

- 1. Situationsbericht. 2. Neuregelung der Beiträge und der Unterstüßungen.

Für den zweiten Punkt lag eine spezialisierte Vorlage des Verbandsvorstandes vor, die für die weiteren Verhandlungen als Grundlage diente.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung nahm Kollege Hauelsen das Wort. Er gab ein umfassendes Bild des gegenwärtigen verworrenen Wirtschaftslebens, das uns zu der jetzigen Katastrophe geführt hat und dessen Rückwirkungen auch für unseren engeren Berufskreis außerordentlich gefährbringend sind. Ausgehend von dem verfallenen Vertrag als

dem Grundübel aller unserer Nöte kam er auf den Nord-Nathenaus zu sprechen, seit dessen Tode der katastrophale Rückgang ganz besonders scharf in die Erscheinung getreten ist. Das Vertrauen zu Deutschland ist durch den Nord so erschüttert worden, daß die derzeitige Markentwertung nur eine logische Konsequenz davon gewesen ist. Innerhalb weniger Wochen sind alle Preise so enorm in die Höhe gegangen, daß wir überhaupt keinen Maßstab mehr anlegen können. Mit dieser starken Steigerung sind auch insbesondere die Papierpreise mitgegangen, was zur Folge gehabt hat, daß viele Tageszeitungen bereits ganz eingegangen sind und der Druck von Berlin ebenfalls fast zurückgegangen ist, so daß sich im Buchdruckgewerbe bereits eine größere Arbeitslosigkeit zeigt. Zwar hat der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam bestimmte Maßnahmen zu ergreifen versucht, um der Ferraftung des gesamten Wirtschaftslebens der Welt zu steuern, und auch der ADGB habe entsprechende Forderungen gestellt, aber große Hoffnung dürfe man darauf nicht setzen, weil die Macht der Arbeiterkraft noch nicht so weit geht, solchen Forderungen erfolgreich Nachdruck zu verleihen.

Die gegenwärtig im Buchdruckgewerbe eingetretene größere Arbeitslosigkeit könne sich auch leicht in besonderem Maße auf unser Gewerbe auswirken und uns in schwierige Situationen bringen. Auch bei Lohnbewegungen ist es wahrscheinlich, daß diese nicht immer friedlich abgehen werden und man sich auf größere Kämpfe gefaßt machen müsse. Schon die Würzburger Verhandlungen haben bewiesen, daß die Arbeitgeber langsam aber sicher das Ziel verfolgen, die Arbeiterschaft zurückzudrängen. Hauelsen schiedert dann eingehend alle Phasen der Bewegung und kommt zu dem Schluß, daß wir nicht anders handeln konnten, als wie geschehen. Andererseits müssen wir aber daraus auch die Lehre ziehen, stärker als wie bisher den zweifellos uns noch bevorstehenden größeren Kämpfen gerüstet gegenüberzutreten.

Zur Frage des graphischen Industrieverbandes übergehend, weist er auf die Beschlüsse unseres Verbandes und die Stellungnahme der anderen graphischen Verbände in dieser Frage hin. Wenn der Verband der Lithographen und Steinrunder die Abstimmung über diese Frage ablehne, bleibe es zweifelhaft, ob auch wir noch Interesse an der Abstimmung haben könnten. Wir können ohne weiteres erklären, daß wir in unserer Mehrheit für den Zusammenschluß sind. Das berechtigt aber noch lange nicht dazu, von einem Bestreben des Buchbinderverbandes zu sprechen, unter allen Umständen den Zusammenschluß der graphischen Verbände zu bewirken. Die unangebrachte Ueberhebung und das übertriebene Selbstbewußtsein, das von einem graphischen Verbände bei Erörterung dieser Frage zum Ausdruck gekommen ist, erscheint weder berechtigt noch angebracht und läßt ganz und gar den Gedanken der Solidarität des Starten den angeklagten Schwachen gegenüber vermissen. Aus einem Gefühl der Schwäche sei durchaus nicht der Gedanke des Zusammenschlusses gekommen, sondern aus der Erkenntnis, daß der Zusammenschluß im Graphischen Industrieverband eine Stärkung der gesamten graphischen Arbeiterschaft bedeutet. Schon die Tatsache, daß wir mit unseren Löhnen wiederholt bahnbrechend im graphischen Gewerbe waren, beweist, daß wir keine Veranlassung haben, andere Organisationen vor unseren Wagen zu spannen. Eine derartige Ueberhebung in einem führenden Gewerkschaftsblatt ist also zum mindesten sehr deplaziert und man sollte sich hüten, in solch wegwerfender Weise von Organisationen zu sprechen, die Berufsgruppen umfassen, die man nur hin und wieder mit dem Armeel berührt. Das trage nicht dazu bei, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiterschaft zu fördern, sondern sie auseinanderzutreiben und zu schädigen.

Anschließend hieran gab Kollege Wienke einen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Er kam dabei zu dem Schluß, daß die Lohnsätze sowie insbesondere das ganze Verhalten der Unternehmer bei den Verhandlungen uns zwingen, ernstlich daran zu denken, in Zukunft andere Wege einzuschlagen, um nicht noch mehr ins Hintertreffen zu kommen.

In der nun einsetzenden Diskussion, die sich bis in die späte Abendstunde hinzog, demängelt zunächst Eichhorn-München verschiedene Vorkommnisse bei der letzten Lohnbewegung und bedauert im weiteren die geringen Lohnzulagen des Api. Früher habe der Api erklärt, er sei zu größeren Zugeständnissen bereit, wenn man die 46-Stundenwoche aufgäbe. Von der Erfüllung dieses Versprechens könne man jetzt aber wenig spüren. Den Zusammenschluß zum graphischen Industrieverband müsse man im Interesse des gesamten Proletariats so stark wie möglich fördern.

Imhoff-Berlin spricht sich ebenfalls für den graphischen Industrieverband und die Durchführung der Abstimmung aus. Bedauerlich sei, daß die diesbezügliche Rede Grafmanns auf dem Gewerkschaftskongreß eher eine Entendebere für den graphischen Industrieverband gewesen sei. Wenn die Buchrunder jetzt vor uns hätten ein neues Lohnabkommen ab-

Schließen müssen, so wären sie sehr zufrieden gewesen, wenn sie die von uns erreichten Löhne erhalten hätten. Es sei notwendig, daß im Graphischen Bund einmal ernstlich zu der Angelegenheit Stellung genommen werde.

Hildebrand-Berlin spricht sich im wesentlichen im gleichen Sinne aus. Er ist der Ansicht, daß man unsere letzten Ansprüche bei den jetzigen Buchdruckerhandlungen wahrscheinlich als Rückschritt nehmen wird.

Müller-Weipzig wünscht, daß die Auffklärung unter den Mitgliedern mehr betrieben wird, damit auch eine gründliche Verbeugung derselben nicht mehr möglich sei. Er ist mit Hauelsen der Auffassung, daß man sich von den Forderungen des IGB. sowie des ADGB. nicht viel versprechen dürfe. Im weiteren wendet er sich scharf gegen das unverantwortliche Treiben der Kommunitäten, die unter anderem jetzt im schiffsichen Landtage mit allen Reaktionen die Auflösung des Landtages beschloßen haben. Wenn wir sehen, daß die einzelnen Gewerkschaften nicht so vorwärts kommen, wie wir es wünschen, dann können wir diesen selbst daraus keinen Vorwurf machen, sondern müssen uns endlich zu einem gemeinsamen Vorgehen aufraffen, was nur in großen Industrieverbänden geschehen könne. Man solle daher tropaladem die Urabstimmung in unserem Verbands ruhig durchführen.

Schweinitz als Vertreter des Buchdruckerverbandes geht in seinen Ausführungen ebenfalls auf die Not des Zeitungs- und des gesamten Buchdruckgewerbes näher ein und erkennt an, daß unser jetziger Lohnabschluß in Weimar für die Tarifverhandlungen in der Buchdrucker eine große Hilfe sein würde. Dem zitierten „Korrespondent“ Artikel betreffend Industrieverbände steht der Verbandsvorstand durchaus fern. Die Redaktion arbeite vollständig selbständig, und zwar an einem ganz anderen Ort und daher kommt es vor, daß manchmal Artikel im „Korrespondent“ erscheinen, die besser ungedruckt blieben. Es sei aber falsch, aus einer ablehnenden Haltung gegen den Industrieverband eine Abneigung oder Ueberhebung anderen Verbänden gegenüber zu sehen. Der Vorstand des Buchdruckerverbandes sieht in der tarifizierten Form zunächst noch weiter die einzig mögliche Art eines geschäftlichen und gemeinsamen Zusammenarbeitens.

In der Nachmittagsstiftung ging Herzog-Berlin in längeren Ausführungen auf den letzten Streit ein, der nach seiner Auffassung hätte vermieden werden können. Im weiteren bebauert er, daß die bekannten 10 Punkte des ADGB. nur programmatisch genommen und für ihre Durchführung so wenig getan werde. Wenn der ADGB. wirklich so wenig Macht habe, wie es den Anschein hat, so solle er dies lieber und heraus erklären.

Menzler-Dresden ist der Auffassung, daß aus der bisherigen Diskussion die Konsequenz zu ziehen sei, daß wir vor dem Bankrott der Gewerkschaften stehen. Es sei auch nach seiner Auffassung ein Übel, daß irgendeine Gewerkschaft die Arbeiterchaft aus dem Dilemma herausführen könne, in dem wir stehen. Er bemängelt weiter, daß man wohl beim Worte Erzbergers und Reihenaus sich der Macht der Gewerkschaften mit ihren acht Millionen Mitgliedern bewußt wurde und dabei richtig handelte, nachher aber alles wieder im alten Fahrwasser laufen ließ. Die Lage der Arbeiterchaft zu verbessern, kann nicht bloß Aufgabe einer Berufsorganisation sein, sondern muß allgemein durch entsprechende Befehle durchgeführt werden. Hierfür müsse aber vom ADGB. mehr als bisher getan werden. Mit bloßen Lohnerhöhungen sei der Arbeiterchaft nicht geholfen.

Auch Freygel-Berlin spricht sich im wesentlichen im gleichen Sinne aus und wünscht von dem ADGB., daß er sich öfter bei notwendigen Anlässen auf die gesamte Macht der Gewerkschaften besinnt. Man soll auch in der Stärkung der Gewerkschaften nicht das A und O der Stärkung der Gewerkschaften sehen, sondern in der Erziehung der Mitglieder zu Klassenkämpfern.

Machner-Weimar: Hauelsen kam in seinen Ausführungen zu dem richtigen Schluß, daß wir nicht mehr in der Lage sind, entscheidend und befreiend einzugreifen, weil das nicht in unserer Macht liegt, sondern wir durch den Versailles Vertrag gebunden sind. Dann dürfen wir aber auch nicht so kleinlich sein und die einzelnen Gewerkschaften für unsere traurigen Zustände verantwortlich machen. Wenn Müller verlangt, daß wir die Leute aufklären sollen und ihnen sagen, was ist, dann haben wir dies bereits seit 30 Jahren getan. Dabei ist uns aber sehr häufig von unseren eigenen Kollegen Knäuel zwischen die Beine geworfen worden. Heute werden allerdings diese wirtschaftlichen Zusammenhänge und Ursachen unserer Not auch dem Fernstehenden immer klar. Solange wir den Versailles Vertrag nicht loswerden, kommen wir aus dem Dilemma nicht heraus und werden dauernd mit den Schwierigkeiten zu rechnen haben. Zu den Tarifabschlüssen übergehend, bemerkt er, daß der Tarifausschuß oft selbst nur sehr

schweren Herzens den Abmachungen zustimmen könne, man müsse aber von der Kollegenschaft sozial Vertrauen verlangen, daß sie anerkennt, daß der Tarifausschuß stets seine Schuldigkeit in vollem Maße tue und bei den Verhandlungen heraushebe, was unter den gegebenen Umständen möglich sei. Bei uns hält die große Masse der Kollegenschaft an dem Reichstagsgedanken fest, weil sie erkannt hat, daß er ihr größere Vorteile gibt. Zweifellos werden die kommenden Kämpfe immer schwieriger werden. Welche Haltung man später bei eventuell ungünstigen Situationen und schlechter Konjunktur in dieser oder jener Frage einnehme, könne man jetzt noch nicht entscheiden. Zweifellos sei, daß wir hierfür einen stärkeren Rückhalt haben müssen, als es gegenwärtig der Fall ist. Ueber den graphischen Industrieverband ist eher zu viel als zu wenig in unseren Reihen gesprochen worden. Nach dem Artikel des „Korrespondent“ kann man annehmen, daß die Liebe für denselben dort nicht groß sei. Wenn man aber dort so überhebend seine Macht betone, so könne es leicht passieren, daß diese über Nacht versiegt. Aber selbst wenn wir den graphischen Verband haben, werde man noch weit entfernt davon sein, einheitliche Lohnverhandlungen führen zu können.

Bruck-Breslau betont, daß die Gewerkschaften die Erziehungsarbeit und Durchbildung ihrer Mitglieder, soweit es in ihren Kräften stand, in vollem Maße getan haben. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen polemisiert er scharf gegen den letzten Streit, der nach seiner Auffassung hätte vermieden werden müssen.

Wiende polemisiert gegen die Auffassung Menzlers, daß die Gewerkschaften durch Lohnkämpfe allein dem Glend nicht steuern können. Unser Stauil schreibt uns klar vor, daß wir für unsere Mitglieder möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen müssen. Gehe es auf dem bisherigen Wege nicht weiter, dann solle man die Mitglieder politisch aufklären, aber sie nicht durch Verbeugung indifferent machen. Durch Zusammenschluß in politischen Organisationen ist ihren weiteren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Dann verteidigt er in längeren Ausführungen die Stellungnahme des Tarifausschusses und Verbandsvorstandes im letzten Lohnkampf. Der gesamte Tarifausschuß wie der Vorstand war einstimmig der Auffassung, daß man den Kampf nicht aus dem Wege gehen könne.

Im weiteren Verlauf der Diskussion äußern sich noch die Kollegen Mehl-Frankfurt, Imhoff, Bender, Müller, Schuffenhauer, Kraymin, Heise, Hase und Quas in mehr oder weniger ausführlicher Weise zu der vergangenen Lohnbewegung.

In seinem Schlusswort ging Hauelsen auf die Kritik der vergangenen Lohnbewegung nochmals näher ein. Er weist nach, daß der Verbandsvorstand im allgemeinen Interesse gar nicht anders handeln konnte. Auch der Tarifausschuß habe in seiner über großen Mehrheit sich dieser Auffassung angeschlossen. Nunmehr heißt es, aus dem Kampf die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, um in Zukunft so dar zu stehen, wie es das Interesse der gesamten Kollegenschaft erfordert. Bei allen dienstberechtigten Klagen und Forderungen der Arbeiterchaft dürfen wir nicht vergessen und niemals aus dem Auge lassen, daß Deutschland so außerordentlich schwer belastet ist und wir nicht eher eine dauernde Besserung der Lage der deutschen Arbeiterchaft erwarten dürfen, bis wir von dem Versailles Vertrag frei sind oder die Erkenntnis bei den Ententemächten sich durchgerungen hat, daß die Erfüllung des Vertrages eine Unmöglichkeit für uns ist und nicht bloß den Ruin der deutschen Arbeiterchaft, sondern auch der gesamten Weltwirtschaft bedeutet.

2. Verhandlungstag.

Am zweiten Tage erhält nach Eröffnung der Sitzung

Kollege Lender das Wort zum zweiten Punkt der Tagesordnung. In seinem einfüßigen Referat begründet er die Neuregelung der Beiträge und Unterstufungen entsprechend den vorliegenden Vorschlägen näher. Er verweist darauf, daß durch die sprunghafte Steigerung der Leuerung und Löhne bereits auch die vorgesehenen Beitragsätze schon überholt sind und empfiehlt in der höchsten Klasse einen Beitrag von etwa 80 Mk. festzusetzen. Der Verbandsstagsbeschuß verlange, daß die Wochenbeiträge dem Stundenlohn angepaßt werden. Von diesem Recht müßten wir Gebrauch machen, obwohl der Sprung durch die krankhafte Entwicklung des letzten Bieteljahres ein sehr großer sei. Die Löhne sind von 22,40 Mk. am 1. Juli auf 70,50 Mk. am 1. Oktober bei den Schiffen und von 13,05 Mk. auf 42,- Mk. bei den weiblichen Mitgliedern in der 1. Ortsklasse gestiegen, also eine Steigerung um das Dreifache, während die Beiträge zum außerordentlichen Schaden der Verbandstasse in der 5. Klasse nur 18 Mk. betragen. Die neuen Beiträge entsprechend dem Verbandsstagsbeschuß auf die bestehenden

fünf Beitragsklassen umzulegen, hat sich jedoch nach eingehender Prüfung als unmöglich erwiesen, weshalb der Vorstand 7 Beitragsklassen empfiehlt. Er schildert dann weiter eingehend die finanziellen Schwierigkeiten, in der sich nicht bloß unsere Verbandstasse, sondern alle Gewerkschaften befinden, die einen ernstlichen Kampf nahezu unmöglich machen und daher gebieterisch eine durchgreifende Stärkung der Verbandstasse erheischen.

Anschließend an das Referat empfiehlt Hauelsen die Wahl einer Kommission zur Prüfung der Vorlage, die zusammentritt, sobald sich eine Uebersicht der prinzipiellen Stellung des Verbandsbeirates zu der Vorlage zeigt. Mit dem Vorschlag erklärt sich der Beirat einverstanden.

Mehl-Frankfurt bringt in der nun folgenden Diskussion seinen Antrag über die Vorlage des Verbandsvorstandes zum Ausdruck und bebauert, daß schon auf dem Verbandstage in Kassel der ganze Aufbau der Beitrags- und Unterstufungsfragen so schlecht geregelt worden sei. Man müsse danach streben, eine Norm zu finden, die entsprechend der zu erwartenden schnellen Entwicklung gewissermaßen automatisch fortlaufende Erhöhungen der Beitrags- und Unterstufungsätze möglich machen, damit nicht jedesmal der Beirat zusammengerufen zu werden braucht. Besonders müsse die Regelung so getroffen werden, daß es auch möglich sei, im Laufe eines Quartals die Beiträge zu erhöhen. Solche großen Sprünge, wie sie gegenwärtig bei der Beitrags-erhöhung notwendig sind, müßten in Zukunft auf jeden Fall vermieden werden.

Siegler-Heilbronn spricht sich im selben Sinne aus. Er wünscht, daß die Beiträge automatisch mit jeder Lohnerhöhung in Kraft treten. Den gewaltigen Sprung von 18,- auf etwa 80,- Mk., dessen Notwendigkeit er ohne weiteres anerkennt, müßte man jetzt und vor allen Dingen in der Zukunft auf jeden Fall vermeiden. Er empfiehlt eine allmähliche Angleichung der Beiträge an die Löhne.

Inzwischen ist ein Antrag Buer-Breslau eingegangen, der bei eintretenden Lohnsteigerungen entsprechende Extrabeiträge wünscht, um die Beiträge sofort den Stundenlöhnen anzupassen. Zu gleicher Zeit sollte auch eine Erhöhung der Streikunterstützung im gleichen Verhältnis eintreten.

Eichhorn-München spricht sich gegen Extrabeiträge aus, da diese im allgemeinen sehr unbeliebt seien und möglichst vermieden werden sollten. Den großen Sprung von 18,- auf 80,- Mk. könne man nach seiner Auffassung auf keinen Fall mit einmal machen. Es wäre besser gewesen, den Verbandsbeirat schon früher zur Regelung dieser Frage zusammenzuberufen. In seinen weiteren Ausführungen wünscht er an der bisherigen Fünftklasseneinteilung festzuhalten und in der höchsten Klasse 50,- Mk. Beitrag zu erheben.

Faust-München bemängelt ebenfalls, daß man nicht schon früher mit einer entsprechenden Vorlage an den Beirat herangetreten sei, da man an leitender Stelle die finanziellen Schwierigkeiten der Klasse schon früher hätte übersehen müssen. Auch er spricht sich für Aufstellung von Grundlätzen aus, nach denen eine automatische Steigerung der Beiträge nach den Löhnen stattfinden. Dasselbe solle bei den Unterstufungsätzen der Fall sein.

Müller-Weipzig spricht sich gleichfalls gegen Extrabeiträge aus. Er anerkennt die Notwendigkeit einer starken Erhöhung, obwohl man auch nach seiner Auffassung den gewaltigen Sprung nicht mit einmal tun dürfe. Auch er wünscht an der Fünftklasseneinteilung festzuhalten und in diesen Beiträgen von 10,-, 16,-, 30,-, 40,- und 55,- Mk. zu erheben.

Herzog-Berlin hält die Vorlage des Vorstandes, soweit sie 7 Beitragsklassen vorseht, für unannehmbare. Er könne sich im höchsten Fall nur mit sechs Klassen einverstanden erklären. Er gebe zu, daß man sich an den diesbezüglichen Beschluß des Verbandstages, nur fünf Klassen beizubehalten, nicht halten könne und dieser durch die katastrophale Entwicklung der letzten Zeit hinfällig geworden sei. So notwendig ein gewaltiger Sprung bei den Beiträgen sei, könne man ihn doch nicht in der gemüßigten Höhe machen, sondern müsse eine allmähliche Angleichung an die Stundenlöhne suchen.

Bender vom Verbandsvorstand wendet sich gegen die Angriffe, daß er oder der Verbandsvorstand nicht schon früher eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet und den Beirat rechtzeitig zusammengerufen habe. Dies sei geschehen, soweit eine Uebersicht bzw. Möglichkeit dafür vorlag.

Zinke-Verbandsausschuß hält eine durchgreifende Regelung der Beiträge und Unterstufungen ebenfalls für dringend notwendig. Das Beste wäre eine Erhöhung von Monat zu Monat. Insbesondere aber wünscht er eine wesentliche Veränderung der Unterstufungsätze, da die diesbezügliche Vorlage des Verbandsvorstandes wohl bei der Streit, jedoch nicht bei (Fortsetzung Seite 232.)

die Verhandlungen am Dienstag abend ergebnislos abgebrochen wurden.

Nach dem Scheitern suchten dann, wie wir bereits oben erwähnten, die Unternehmer erneut Fühlungnahme mit unseren Vertretern, worauf dann am Mittwoch früh die Verhandlungen erneut aufgenommen wurden. Im Verlaufe dieser weiteren Verhandlungen, die sich wiederum außerordentlich schwierig gestalteten, brachte man es endlich dahin, für die erste Klasse eine Zulage von 18 Mf. und 5,50 Mf. für die Männer sowie 11 und 3,50 Mf. für die Arbeiterinnen zu erreichen. Als letzte Schwierigkeit erwies sich dann die Festsetzung des Endtermins. Während die Unternehmer bei den ganzen Verhandlungen zum Ausdruck gebracht hatten, unter allen Umständen am dem 15. Oktober festzuhalten, verlangte man auf unserer Seite, daß das Abkommen längstens bis zum 7. Oktober abgeschlossen werde. Auch hier spitzten sich die Gegensätze so zu, daß man am Mittwoch abend wiederum auseinanderging und erst nach dem Auseinandergehen die Unternehmer sich dann schließlich doch bereit erklärten, dem Abkommen in der hier veröffentlichten Form bis zum 7. Oktober stattzugeben.

Ist es somit nach langem Hin und Her gelungen, nochmals zu einem Abschluß zu kommen, dann wollen wir dabei doch keineswegs verhehlen, daß ein großer Teil des Tarifausstufes, abgefoßen durch die Art der Verhandlungen und das außerordentlich geringe soziale Verständnis der Arbeitgeber, wenig Neigung verspürte, unter diesen Umständen dem Abkommen zuzustimmen. Wir müssen daher schon nochmals dringend den Wunsch und die Erwartung aussprechen, daß die Verhandlungen in Zukunft nicht weiter so geführt werden, sondern in einer Art, wie es gleichberechtigte Kontrahenten verlangen können.

Die Mitteilungen des VDB. stellen im übrigen in ihrem Verhandlungsbericht die Behauptung auf, daß wir es gewesen seien, die nach dem Scheitern der Verhandlungen durch persönliche Fühlungnahme dieselben wieder aufgenommen haben. Wir stellen fest, daß hieran kein wahres Wort ist und das Gegenteil den Tatsachen entspricht.

Der Deutsche Buchdruckerverein hat es abgelehnt, den Vertrag zu unterzeichnen. Verhandlungen mit ihm sind noch im Gange.

Am Beginn der Wirtschaftskrise.

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage macht starke Fortschritte. Nach den jetzt vorliegenden Berichten der Landesarbeitsämter aus der zweiten Septemberwoche zeigt sich in fast allen Gewerben eine kräftige Zunahme der Arbeitsuchenden, während die Industrie Neueinstellungen fast nicht mehr vornimmt. Die Betriebsbeschränkungen werden teils auf Kapital- und Rohstoffmangel, teils aber auch auf Absatzmangel zurückgeführt. Bemerkenswert ist eine Bekanntmachung des Reichsamts für Arbeitsvermittlung, wonach der Bedarf an ungelerten Bergarbeitern für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau in den letzten Tagen weiter stark zurückgegangen ist und Zuweisungen von Arbeitskräften dorthin nicht mehr erfolgen sollen. In der Metall- und Maschinenindustrie hat die Nachfrage nach Arbeitskräften nachgelassen. Im Bauwesen hält vorläufig die gute Beschäftigung an, doch finden Neueinstellungen nur noch vereinzelt statt. Im Textilgewerbe flaut der Beschäftigung offensichtlich ab. Allgemein wird über Mangel an Rohmaterialien geklagt. Auch in der Konfektion, besonders in Berlin, zeigt sich ein allmähliches Steigen der Arbeitslosenziffern. Die Hutfabriken nehmen bereits Verkürzung der Arbeitszeit und Entlassungen vor. Besonders deutlich zeigt sich die Verschlechterung in verschiedenen Zweigen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, vor allem bei den Margarinefabriken und im Tabakgewerbe. Hier beschäftigen verschiedene Unternehmungen ihre Betriebe vorläufig ganz zu schließen.

Nach schlimmer als bei der Industrie wirkt die heranrückende Krise im Handwerk. Die Kleinmeister versuchen nach Möglichkeit ohne fremde Hilfskräfte auszukommen. Die Landwirtschaft steht im Zeichen der Kartoffel- und Rübenernte und bietet noch vielen Arbeitslosen Gelegenheit zu vorübergehender Beschäftigung. Ganz allgemein zeigt sich unter dem Druck der Teuerung ein verstärkter Andrang von Arbeitskräften, insbesondere von Frauen, Sozialrentnern und Altersinvaliden. Die Unterbringung der-

selben gestaltet sich natürlich gerade jetzt besonders schwierig.

Inmerhin gibt es noch verschiedene Berufsgruppen, für die nach wie vor reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. So besteht in allen Zweigen des Holzgewerbes sehr starke Nachfrage nach gelerntem Arbeitskräften. Die Arbeitsmarktlage im Handelsgewerbe hat sich in verschiedenen Landesteilen bereits wesentlich verschlechtert. In Berlin haben umfangreiche Kündigungen bei großen Versicherungsgesellschaften stattgefunden. Die Nachfrage nach weiblichem Personal ist im allgemeinen noch sehr reg, das Angebot nimmt jedoch ständig zu, da die unter dem Druck der Teuerung Beschäftigung suchenden Mädchen und Frauen in der Industrie und im Handelsgewerbe nur sehr schwer ankommen und deshalb sich lieber für häusliche Dienste verdingen.

Ganz allgemein zeigt sich also am deutschen Arbeitsmarkt deutlich ein allmähliches Nachlassen der Hochkonjunktur. Verschiedene Krisensymptome am Geld- und Warenmarkt deuten darauf hin, daß diese ungünstige Veränderung auch am Arbeitsmarkt stärker hervortreten wird. Nach den Berichten von 355 deutschen Städten über 10 000 Einwohner betrug die Gesamtzahl der unterstellten Vollerwerbslosen am 2. September d. J. 10 607 gegen 9798 am 19. August dieses Jahres. Die Erwerbslosenziffer weist also zum ersten Male seit langer Zeit eine Steigerung auf. Bemerkenswert ist, daß für Groß-Berlin, Breslau, Leipzig, Nürnberg und verschiedene andere Plätze noch ein Rückgang zu konstatieren ist, während in Hamburg, Altona, Bremen und anderen Orten an der Wasserfront die Verschlechterung schon deutlicher in die Erscheinung tritt.

Ueber der deutschen Wirtschaft liegt bange Sorge und quälende Ungewißheit. Es handelt sich nicht allein darum, ob die unter dem Schutze der Valutaunterschiede emporgelübte Scheinkonjunktur noch einige Wochen dauern soll oder ob wir unmittelbar vor dem Abgrunde einer scharfen Wirtschaftskrise stehen. Diesmal steht mehr auf dem Spiele. Es geht um Sein oder Nichtsein ganzer Volksschichten, alles rüstet zu einem sozialen Kampf von beispielloser Heftigkeit und ungewisshaft schweren Folgen. Die neueste Teuerungswelle war so mächtig, daß sie ein ganzes Meer schon beinahe vergessener wirtschaftspolitischer und sozialer Streitfragen wieder von Grund aus aufwühlte. Der jüngste Marktsturz und seine Wirkungen an den Warenmärkten haben uns in unserer wirtschaftlichen Entwicklung weit zurückgeworfen. An den Warenmärkten hat sich in den letzten Wochen der Anpassungsprozess an die Marktentwertung in einem Tempo vollzogen, das alle früheren Vorgänge dieser Art weit übertrifft. Die Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse schreitet in erschreckender Weise fort und untergräbt die Konsumkraft des deutschen Volkes so weitgehend, daß schon für die nächste Zeit mit starken Einschränkungen des Verbrauchs und mit Absatzrückungen am Inlandsmarkt zu rechnen ist. — Am Arbeitsmarkt häufen sich ebenfalls die Krisensymptome verschiedener Art. Aus fast allen Landesteilen wird über ein Nachlassen der Arbeitsvermittlungen, über Betriebsbeschränkungen, Arbeiterentlassungen usw. berichtet. Mit Beendigung der Bau- und Erntearbeiten ist eine weitere Zunahme der Arbeitsuchenden zu erwarten, während andererseits Industrie und Handwerk Neueinstellungen nach Möglichkeit vermeiden. Ganz besonders kritisch hat sich die Lage der deutschen Wirtschaft in der ersten Hälfte des Monats September infolge der Störungen im Zahlungsverkehr gestaltet. Der inländische Vorrat an Papiergeld ist trotz aller Kräfteanstrengungen der Notenpresse noch nicht groß genug, um eine glatte Abwicklung aller Zahlungen im Warenverkehr, an den Lohnterminen usw. zu gewährleisten. Es ist recht bezeichnend, daß zahlreiche Banken sich in den letzten Wochen deutsches Papiergeld durch Aufnahme von Krediten in Holland oder anderen fremden Ländern beschafft haben, wobei Zinsen gezahlt werden, die, auf das Jahr umgerechnet, einer Verzinsung mit 50—70 Proz. entsprechen. Derartige Maßnahmen mögen gelegentlich als Notstandsaktion zu billigen sein; sollte jedoch diese Art der Geldbeschaffung sich allgemein einbürgern, so wäre damit eine weitere Quelle schwerer Schäden für die deutsche Wirtschaft entstanden. Denn diese hohen Zinsätze müssen doch letzten Endes ebenfalls aus dem Produktionsertrag bezahlet werden. Es ist deshalb

höchste Zeit, daß die zuständigen Stellen sich mit den tieferen Ursachen der Kredit- und Geldnot in Deutschland eingehend beschäftigen und Maßnahmen treffen, um einen normalen Zahlungsverkehr aufrechtzuerhalten.

Verlängerung der Demobilisierungsverordnungen.

Die Demobilisierungsverordnungen wurden durch Beschluß zunächst bis zum 31. Oktober 1922 verlängert. Die Hoffnung, bis zu diesem Termin die durch die Verordnungen geregelten Materien durch Reichsgesetze regeln zu können, hat sich nicht erfüllt. Der Reichstag hat daher durch seinen Ueberwachungsbeschluß am 17. August eine weitere Verlängerung der Demobilisierungsverordnungen beschlossen. Sie gelten zunächst bis einen Monat nach Zusammentritt des Reichstags, damit der Reichstag im Plenum Stellung zur Verlängerung nehmen kann.

Hierzu teilt das Reichsarbeitsministerium mit: Die wirtschaftliche Unsicherheit infolge des Marktsturzes, und insbesondere die Erschwerungen im Bezug ausländischer Rohstoffe haben stellenweise die Gefahr einer Verminderung der industriellen Tätigkeit nahegerückt. Dies gibt Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Bestimmungen über die Pflicht zur Arbeitsstreckung noch in Kraft sind. Nach § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 („Reichsgesetzblatt“ Seite 218) dürfen Entlassungen zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl nur dann vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebs keine Verneuerung der Arbeitsgelegenheit durch Verkürzung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) zugemutet werden kann. Hierbei braucht jedoch die Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers nicht unter vierundzwanzig Stunden herabgesetzt zu werden. Gegebenenfalls kann der Arbeitgeber Lohn oder Gehalt der verkürzt arbeitenden Arbeitnehmer entsprechend (der Kürzung) herabsetzen, jedoch erst von dem Zeitpunkt an, an welchem eine Entlassung der betreffenden Arbeitnehmer hätte erfolgen können, wenn die Arbeitsstreckung nicht Platz gegriffen hätte. Die Vorschriften über Arbeitsstreckung gelten nicht bei Entlassung von Arbeitnehmern, die nur zu vorübergehender Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck angenommen worden sind. Soweit Entlassungen erfolgen müssen, sind nach § 13 der genannten Verordnung für die Aushilfe zunächst die Betriebsverhältnisse maßgebend, sodann Lebens- und Dienstalter sowie der Familienstand des Arbeitnehmers. Besonderer Schutz ist für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und so weiter vorgesehen. Für Streitigkeiten, die aus der Anwendung dieser Bestimmungen entstehen, sind die Schlichtungsausschüsse zuständig.

Mißstände in der Linierbranche.

Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 37 der „Buchhändlerzeitung“, betreffend Mißstände in der Linierbranche, erlaube ich mir, einige Ergänzungen hinzuzufügen. Der Annahme, daß die Mißstände daher kommen, daß die Branche nach verhältnismäßiger Jung ist, daß sie noch keine festen Formen angenommen hat und daß sie vor allen Dingen viel zu wenig bekannt ist, kann ich nur zustimmen. Es ist eine alte Tatsache, daß beim Entstehen eines Berufes mehr oder weniger große Mißstände eine Rolle gespielt haben. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß das Linieren gerade in den letzten drei Jahrzehnten einen ganz rapiden Fortschritt gemacht hat. Wir brauchen nur die Maschinen älteren Systems mit dem modernen Technik entprechenden Typ der Neuzeit zu vergleichen, und es wird sich jeder Eingeweihte darüber klar sein, welche Ansprüche an einen Linierer von heute gestellt werden, daß das Linieren von damals, das nur so nebenbei und von Hilfskräften betrieben wurde, sich zu einem Beruf entwickelt hat, der intelligente Leute befriedigen kann. Und darum haben wir Linierer dafür zu sorgen, daß die Zustände, die in der Anfangszeit des Linierens herrschten, nicht in die neuere Zeit hinüber geschleppt werden. Natürlich kann man jetzt die Fremdarbeit und die ungelerten Hilfskräfte nicht plötzlich ausschalten, da das für unseren Beruf eine heftige Erschütterung hervorrufen würde, abgesehen davon, daß sich die Sache gar nicht durchführen ließe. Aber dafür haben wir zu sorgen, daß solche Mißstände nicht noch weiter verbreitet werden. Es sollte sich kein Linierer dazu hergeben, Hilfskräfte anzulernen. In Zukunft sollte

nur derjenige das Recht haben zu limitieren, der drei Jahre gelernt hat. Ob dann Mann oder Frau, das bleibt sich gleich. Hier ist zu unterstreichen, was in dem eingangs erwähnten Artikel über Richtlinien für die Ausbildung von Lehrlingen gesagt ist. Unter vielem anderen müssten dieselben genaue Vorschriften über die Zahl der auszubildenden Lehrlinge enthalten, da unser Beruf nur allgütig überlaufen ist und dann die Unternehmer eine gute Auslese von „billigen“ Limitieren hätten. Eine gute Lehrlingsausbildung in unserem Berufe auf gesunder Grundlage würde sehr zur Beseitigung der vorhandenen Mängel beitragen.

Dass aber die Frage der Frauenerwerb und die Beschäftigung ungelerner Arbeiter sich am einfachsten durch Einführung des Stücklohns oder Akkordes lösen würde, muß ich sehr bezweifeln. Wenn Kollege H. W. von Voreingenommenheit und Unkenntnis der diesbezüglichen Verhältnisse spricht, so täuscht er sich sehr. Er scheint nicht zu wissen, welchen Schaden er durch seinen Vorschlag unserem Berufe zufügt. In gewissem Sinne mag er recht haben, wir sind jedoch auf keinen Fall gewillt, in unserem Berufe immer noch mehr Hilfskräfte aufkommen zu lassen, sondern wir wollen eine gesunde, ihrer Tätigkeit vollaus bewusste Limitiererschaft erzielen. Jeder Limitierer weiß, daß unsere Arbeit eine aufregende, die Nerven anspannende Beschäftigung ist, wir wollen uns unsere Gesundheit nicht dadurch ruinieren, indem wir uns mit Akkordarbeit abgeben. Abgesehen davon, daß jedem vernünftigen, mit Freude seinen Beruf ausübenden Menschen dieser dadurch vergällt wird.

Es gäbe noch so manche Frage zu erörtern. Nur das eine möchte ich noch erwähnen. Ist es nicht möglich, daß sich die Limitierer unter dem Schutze unseres Verbandes zu einer festeren Sektion zusammenschließen können? Manche Frage könnte da in Angriff genommen, manches Problem gelöst werden. Es wäre das namentlich für die Zukunft von großer Bedeutung und ich hoffe bestimmt, daß sich in den Städten, wo viele Limitierer zusammen sind, etwas in dieser Beziehung ereignen wird. Vielleicht, daß wir anderen Berufsfolgen, die wir im Reiche gestreut sind, uns einer solchen Sektion, die die Interessen der Limitierer in jeder Beziehung vertritt, anschließen können. A. E.

Berichte.

Bremen. Die Arbeiterchaft der graphischen Industrie ist in ihren Löhnen gegen den allgemeinen Durchschnitt erheblich zurückgeblieben. Die Löhne werden von den Zentralorganisationen vereinbart, und sie sind in der Regel im Zeitpunkt des Inkrafttretens durch die Teuerung schon überholt. Dieses war ganz besonders bei den Augustlöhnen der Fall, so daß auch die Bremer Unternehmer die Unhaltbarkeit der Lohnvereinbarung erkennen mußten und für die letzte Augustwoche eine auferthaltliche Zulage auf den Spikentlohn in Höhe von 300 M. gewährten. Diese Zulage ist dann auch überall ausgegahlt worden, nur die Papiergroßhandlung *Bohmeyer u. Co.* hat sich ausgeschlossen. Selbst eine Unterbrechung der Organisationsvertreter mit Herrn Jünker, dem Mitinhaber der Firma, machte keinen Eindruck auf das harte Herz dieses Unternehmers. Im Gegensatz zu den übrigen Firmen ließ er die Vertreter der Buchbindereiarbeiterchaft kaum zu Worte kommen und zeigte damit so recht seinen „Herrn-im-Haus“-Standpunkt. Wir wundern uns durchaus nicht über dieses Verhalten, was es doch ein Vertreter dieses Hauses, der bei Vereinbarung des geltenden Reichstarifs als Bremer Vertretung des Arbeitgeberverbandes Bremen als einen Ort mit billiger Lebenshaltung und besonders billigen Wohnungsmieten schilderte und so dazu beigetragen hat, Bremen in eine Lohnklasse einzureihen, die durchaus unangemessen ist. Auch die Buchbinderinnung hat sich wieder in ihrer ganzen Hilflosigkeit gezeigt. Es war von ihr weder besahende noch eine vernehmende Antwort in der Angelegenheit der Wirtschaftsoberfläche zu erlangen.

Konstanz. Infolge der emporschnellenden Teuerung und der unzureichenden Entlohnung war unserer letzter Versammlungsbesuch ein sehr guter. Die Lohn- bzw. Ortsklassenfrage war Anlaß einer regen Debatte. Unverständlich ist es den Mitgliedern, daß Konstanz bei der Ortsklasseneinteilung zum wiederholten Male gänzlich unberücksichtigt blieb. Die momentane Indexziffer für Konstanz ist 1066 und für Berlin 1075. Für Konstanz muß also Ortsklasse III gelten, während Berlin die Klasse I nicht einmal als Mindestlohn anerkennt. Freiburg mit 1023 Punkten rückt auf. Wo bleibt hier die Logik? Der Erfolg einer derartigen Vohnpolitik ist, daß geübte Kolleginnen in besser entlohnte Berufe abwandern. Andere Bekufe haben nun seit Wochen 50-70 M. Stundenlohn und wir sind nicht einmal in der Lage, uns örtlich zu verbessern, da wir an die zentralen tariflichen Abmachungen gebunden sind. Eine ört-

liche Entscheidung, welche nur Berufsinteressen, nicht aber einer sachlichen, durch die wirtschaftlichen allgemeinen Verhältnisse bedingte Prüfung der Frage eines Grenzortes Rechnung tragen wird, lehnen wir von vornherein ab.

Unser Vorsitzender hat sich des öfteren schon auf Anregung der Mitglieder an die anderen örtlichen Gewerkschaften gewandt zwecks Gründung eines Konsumvereins. Aber immer vergeblich, da jeder Unternehmungsgelüste fehlt. Nun haben sich einige Kollegen zu einer diesbezüglichen unverbindlichen Besprechung zusammengefunden und dort beschloffen, eine Einkaufsgenossenschaft zu gründen, und diese auch bereits ins Werk gesetzt. Fundiert wird das Unternehmen durch Anteilscheine. Die noch fernstehende Mehrheit begrüßte diesen Schritt und erkannte die Vorteile einer Ringliebchaft bis auf einige Kollegen, welche glauben, die Genossenschaft müsse auch mit Gewinn bzw. Profit arbeiten. Der Vorsitzende bemühte sich, ihnen den Unterschied zwischen dem kapitalistischen privaten Unternehmer und dem idealen Genossenschaftswesen klarzulegen. Nach 10 Uhr konnte die anregende Versammlung geschlossen werden.

Leipzig. Anlässlich des V. Internationalen Buchbinderkongresses veranstaltete die Zahlstelle Leipzig zu Ehren der ausländischen Delegierten eine Versammlung, die sehr gut besucht war und die den Gästen zeigte, wie sehr der internationale Gedanke bei den deutschen Arbeitern Wurzel gefaßt hat. Kollege Hau-eisen sprach für Deutschland. Zunächst dankte er der Verwaltung für die Einberufung der Versammlung, sei es doch dadurch möglich, den ausländischen Delegierten Gelegenheit zu geben, die Verhältnisse aus ihrem Lande zu schildern. Ueber die deutschen Verhältnisse beständen wohl bei der Kollegenschaft keine Zweifel. Trotz eifriger Arbeit, die geleistet wird, war es dem Verband sowie den Gewerkschaften nicht möglich, den Lebensbedingungen der Kollegenschaft so zu entsprechen, wie sie sein müssten. Schuld daran sei nicht die Organisation oder die Unterhändler, sondern diejenigen, die den verbrecherischen Krieg geführt haben. Seit dem Friedensvertrag und alles was dem gefolgt, läme die Arbeiterchaft immer tiefer ins Elend hinein. Seine Freunde aus dem Ausland sollten sich nicht von dem öffentlichen Leben, was sie jetzt beobachten können, täuschen lassen, sie brauchten nur tiefer hineinzuhauen in das Familienleben eines Arbeiters, dann fänden sie Berge von Not und Elend vor. Deshalb sollten sie erkennen, daß alles nur ein äußerer Schein sei. Ausländische Unternehmer sagten von Deutschland, der Achtstundentag bestände nicht. Damit wollte man seine Freunde irreführen, denn er könne das Gegenteil behaupten. Auf die letzten Vorgänge eingehend, sagte Hau-eisen, daß die Unternehmer etappenweise vorgingen, um den Achtstundentag zu beseitigen. Darum müsse sich die gesamte Arbeiterchaft zum Kampfe einstellen. Deutschland müsse sich gegen die Reaktion und den Kapitalismus wehren, wie das auch im Auslande sei, deshalb gelobe er mit den Versammelten den ausländischen Brüdern, gemeinsam international den Kampf gegen Reaktion und Kapitalismus zu führen.

Es folgten nun die ausländischen Delegierten. Sie sprachen in ihrer Muttersprache, die Reden wurden übersetzt und den Anwesenden vorgetragen, welche reichen Beifall zollten. Für England sprach *Harraway*. Er grüßte im Namen der englischen Arbeiter. Die englischen Buchbinder seien fest entschlossen, die Hand, die wir ihnen gereicht hätten, festzuhalten. Er kenne keine nationale Grenze. Ebenso wie der Kapitalismus international zusammenhalte, müsse es auch die Arbeiterklasse tun. — Ihm folgte *Spalaccia* (Italien). Dieser war erfreut, vor deutschen Arbeitern sprechen zu können, er bringe aufrichtige Brudergrüße den Anwesenden mit. Er schildert eingehend die Verhältnisse in Italien und zeigt, wie schwer es ist, den wirtschaftlichen sowie auch den politischen Kampf gegen die Reaktion und den Kapitalismus zu führen. Kein Tag vergänge, wo nicht Menschenleben und Wohnstätten den Füßstapfen zum Opfer fielen. Aber gerade durch diese Opfer würden sie in ihrem Glauben gestärkt, den Kampf national wie international weiterzuführen zum siegreichen Ende. Allerdings müsse die Arbeiterchaft erkennen, daß dies nur möglich sei durch einen einigen Sozialismus in allen Ländern. In diesem Sinne zu wirken schließt er seine Rede mit den Worten: „Es lebe die Internationale!“

Für Belgien begrüßt *van Staeyen* die deutschen Kollegen. Das Band, das in Nürnberg und Brüssel, und nach dem Kriege 1920 in Bern geschlossen wurde, müsse festgehalten werden. Die Worte *Karl Marx* „Proletarier vereint Euch“, muß endlich Wirklichkeit werden, denn nur so sei es möglich, die Reaktion niederzuringen. Die nordischen Staaten vertrat *Kasumussen*. Er schildert die nordländischen Verhältnisse. Arbeitslosigkeit bestehen schon seit zwei Jahren, schwere Kämpfe sind geführt worden, aber immer war es möglich, durch geschlossenes Zusammenhalten der Gewerkschaften die Kämpfe in Ehren zu bestehen. Kollege *Schostraffer*

Schweiz übermittelt im Namen seiner Kollegen die brüderlichsten Grüsse. Seiten habe er Gelegenheit, vor einer so großen Masse sprechen zu können. In der Schweiz sei gegenwärtig große Arbeitslosigkeit. Der Geschäftsgang 1921 war ein guter, mit dem Steigen der *Valuta* sei es aber anders geworden. Die Krise treffe die ausländischen Arbeiter ebenso hart wie den deutschen. Selbst die beste Organisation könne da nicht helfen. Die Unternehmer nützen für sich die Lage der Arbeiterklasse brutal aus, aber trotzdem war es möglich, innerhalb zweier Jahre drei Lohnverhandlungen zu führen; gegenwärtig besteshe der Vertrag bis 1923. In politischer Beziehung sehe es auch nicht so glänzend aus. Redner hat nur den Wunsch, die Arbeiterklasse möge erkennen, daß nur die Einigkeit stark macht. Frankreich gebe ein warmes Beispiel; dort habe man die Gewerkschaften gespalten, den Nutzen haben die Unternehmer. Infolge dieser Schwäche sei Frankreich auch auf unserer letzten Konferenz nicht vertreten. Die Arbeiterchaft müsse die Internationale fördern und ausbauen. *Beia Weisling* aus Ungarn ist glücklich, vor einer freien Arbeiterchaft sprechen zu können. Auch er habe den Auftrag, den deutschen Kollegen Grüsse zu übermitteln. Redner erwähnt die Arbeiterchaft, einzig zu sein, sich als Kollege zur Kollegin brüderlich zu zeigen. Vor allem müsse Aufklärung unter die Kolleginnen gebracht werden, denn nur durch Wissen und Lernen werde die Arbeiterchaft international denken und handeln können. Mit einem *Hochruf* auf die internationale Buchbinder- und Arbeiterbewegung sowie *Uffingen* der „Internationale“, schloß die imposante Versammlung.

Lübeck. Die im September stattgefundenene Mitgliederversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der letzten Lohnbewegung. Kollege *Krüster-Hamburg* hielt einen ausgezeichneten Vortrag über die stattgefundenen Tarifverhandlungen. Er schilderte den Verlauf des Kampfes um die 48stündige Arbeitszeit. Schweren Herzens hätte der Tarifauschuss dem Schiedspruch auf Einführung der 48stündigen Arbeitszeit zugestimmt. In anschaulicher Weise führte *Krüster* den Mitgliedern die Schwierigkeiten vor Augen, die bei jeder Lohnverhandlung bei den Arbeitgeber zu überwinden sind. Der Tarifauschuss habe nicht mit einer Arbeitgeberorganisation zu verhandeln, sondern mit mehreren, was die Verhandlungen sehr erschwert. Bei der Ortsklasseneinteilung hätten sich die Unternehmer sehr widerspenstig gezeigt und es hätte nur für wenige Orte etwas herausgeholt werden können. Auch *Lübeck* wäre noch in der 3. Ortsklasse geblieben. In der Debatte wandten sich die Redner gegen die geringen Zulagen, die ungerichte Staffelung bei den Gehilfenlöhnen, und daß *Lübeck* nicht in die 2. Ortsklasse gekommen ist. Auch wurde bemängelt, daß die Kolleginnen nicht die Teuerungszulagen in derselben Höhe wie die Gehilfen erhalten. Besonders scharf wurde es kritisiert, daß ein Gehilfe im 1. Gehilfenjahr niedriger entlohnt wird als ein Arbeiterin über 17 Jahre nach einjähriger Berufstätigkeit. Entrüstung erregte die abgelehrte Verlesung *Lübecks* in die 2. Ortsklasse. Die Beamten werden hier nach Ortsklasse A, der höchsten Gehaltsklasse bezahlt. Die Lebensmittel und Bedarfsartikel sind in vielen Fällen teurer als in den Großstädten. Wenn Ziel im Ortsklassenverzeichnis mit einem Stern versehen worden ist, so hätte man *Lübeck* zumindest dasselbe zubilligen müssen. In seinem Schlusswort ging *Krüster* auf alle diese Beschwerden eingehend ein. Die erwähnten Mängel des Reichstarifs seien dem Tarifauschuss auch bekannt und dieser sei bemüht, diese nach Möglichkeit zu beseitigen. Aber es sei zu bedenken, daß der Reichstarif erst seit drei Jahren besteshe und große Schwierigkeiten zu überwinden wären. Es sei Sache der Kollegenschaft, auch dafür einzutreten, daß die tariflichen Löhne überall bezahlt würden.

Cudenwade. Am 13. September fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, welche zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen *Wag Lamprecht* ehrte. Ein Vortrag des Genossen *Rektor Koff* festsette sodann die Kollegenschaft. Er sprach über „Die häusliche Erziehung“, lehrreich für die ältere wie auch für die junge Kollegenschaft. Danach gab der Vorsitzende die neuen Löhne in der Kartonnagenbranche bekannt, welche bewiesen, daß der Tarifauschuss sein Bestes tat, um der Kollegenschaft die drückende Not etwas zu erleichtern. Trotzdem verschlechtert sich die Lage der Arbeiterchaft von Tag zu Tag, da es unmöglich ist, selbst die nötigsten Lebensmittel einzukaufen, an Kleidung, Kartoffeln, Brennmaterialien für den Winter gar nicht zu denken. Die Löhne für die jugendliche Kollegenschaft sind weniger als minimal. Wo bleibt hier die ausreichende Ernährung für diese durch die langen Hungerjahre ausgeemergelte Kollegenschaft, wenn bei 576 M. Wochenverdienst bei weiblichen und 730 M. bei männlichen diese für ein marktenreies Brot 100 M. und für ein Pfund Margarine 200 M. oder Schmalz 300 M. bezahlen müssen? In der *Wellpappenbranche* lehnte die

beteiligte Kollegenschaft die gnädigst gewährten zehn Prozent mit Entrüstung ab und bezeichnete es als einen Hohn auf die elende Lage der Arbeiterschaft. Ein rückgängigeres Unternehmertum gibt es kaum noch. Kollege Schulz gab sodann den Ortsausschußbericht, in welchem vornehmlich die Frage betreffs der Kartoffelverföhrung für die Industriebevölerung interessierte. Der Kartellbeitrag wurde auf 5 Mt. pro Mitglied und Quartal festgelegt. Unter Gewerkschaftlichem wurde eine Resolution, vorgeschlagen von den Betriebsräten aller papierverarbeitenden Branchen am Orte, einstimmig angenommen, welche fordert, daß die Unternehmer bei der bevorstehenden Wirtschaftskrise keine Entlassungen vornehmen mögen, da die davon betroffenen Kollegen und Kolleginnen in anderen Industrien am Orte bei der allgemein schlechten Konjunktur nicht unterkommen können. Es ist zuvor verfügt zu arbeiten. Außerdem aber sind mit den Betriebsräten die wirtschaftlichen Verhältnisse der betroffenen Arbeiterschaft genau zu prüfen. Im Gegenfall hierzu nerurteilte der Vorsitzende das Ueberstundenwesen, auch ohne Genehmigung in einzelnen Betrieben, welches besonders in der Papierbranche zutage tritt. Hier wird sogar die Pause hindurch gearbeitet. Die Abrechnung vom gut gelungenen Stützungsfeft ergab einen Ueberschuß von 163 Mt. Bei dieser Gelegenheit wurde auf das 25jährige Stützungsfeft im nächsten Jahre hingewiesen.

Rundschau.

Zur Teuerungskaktion der Gewerkschaften. Am 11. September war eine Anzahl von Partei- und Gewerkschaftsvertretern beim Reichspräsidenten zur Besprechung der politischen und wirtschaftlichen Lage. Außer den Vertretern des ADGB waren von Gewerkschaften noch Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes anwesend. Am 12. September fand beim Reichswirtschaftsminister Schmidt eine Besprechung statt, an der auch der Ernährungsminister Fehr teilnahm.

Bei diesen Zusammenkünften drehten die Verhandlungen sich zum überwiegenden Teile um die Sicherung der Ernährung und die mögliche Begrenzung der Teuerung.

Ueber die bisherigen Erfolge dieser Bemühungen ist folgendes mitzuteilen: Das geforderte Einfuhrverbot für eine Reihe von Luxusergüssen und Rohstoffen ist bereits eingetreten. Es bleibt solange bestehen, bis die nötigen Vorarbeiten für die in Aussicht genommene Erhöhung der Einfuhrzölle erledigt sind.

Ebenso ist eine Erhöhung der Ausführabgaben eingetreten. Die Forderungen der Gewerkschaften betr. Verbot der Verwendung von Inlandzucker für die Herstellung von Luxusergüssen sind in vollem Umfange anerkannt worden und in Form einer Verordnung zur Durchführung gelangt. Der Bedarf der Bevölkerung an Zucker für den Hausgebrauch im kommenden Wirtschaftsjahr soll durch Beschlagsnahme sichergestellt werden. Den einzelnen Landesregierungen steht es frei, den Verbrauch zu rationieren.

Ferner ist eine wesentliche Einschränkung in der Herstellung von Startbieren erfolgt. Man ist hier allerdings nicht ganz soweit gegangen, als die Gewerkschaften es gefordert haben. Immerhin haben die verfügten Maßnahmen eine wesentliche Ersparnis an Getreide zur Folge.

Die Versorgung mit Brotgetreide ist schon jetzt bis zum Frühjahr sichergestellt. Nötigenfalls soll eine Streckung der zur Verfügung stehenden Mengen ins Auge gefaßt werden. Die vielfachen Gerüchte über eine schlechte Getreideernte sind stark übertrieben und gehen von solchen Kreisen aus, die ein Interesse an der Verbreitung derartiger Mobschaften haben.

Die Versorgung mit Kartoffeln ist durch eine großzügige Kreditaktion sichergestellt. Alle Anzeigen sprechen dafür, daß die diesjährige Kartoffelernte die besten Ernten, die in Jahrzehnten dagewesen sind, übertreffen wird. Es ist also mit einem starken Angebot zu rechnen, das einermassen auf die Preise drücken dürfte. Der Handel und ebenso die Kaufgenossenschaften halten deshalb auch noch mit Kaufabschlüssen zurück.

Außerdem ist der Vorstand des ADGB. mit Erfolg bemüht gewesen, die Kartoffeleinfuhr aus untervalutarischen Ländern zu fördern, was gleichfalls preisausgleichend wirkt. Die Bemühungen sollen fortgesetzt werden.

Die von den Gewerkschaften weiterhin geforderten wirtschaftspolitischen Maßnahmen (Erfassung der Spekulationsgewinne, Verbot der Fakturierung von Inlandgeschäften in ausländischer Währung) sind Gegenstand ernster Beratung. Ihre Durchführung kann nur auf gesetzgeberischem Wege geschehen und bedarf daher notwendig gewisser Vorarbeiten.

Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die in Betracht kommenden Stellen sich des Ernstes der Lage

bewußt sind und sich bemühen, soweit es innerpolitisch möglich ist, den Gefahren entgegenzuwirken.

Der Gipfel der Verschwendung. Der bekannte holländische sozialistische Führer J. W. Wibaut schreibt in „Het Volk“:

„Der Friedensvertrag verpflichtet Deutschland u. a. zur Lieferung von jährlich 20 Millionen Tonnen Steinkohlen an Frankreich, Belgien und Italien. Ein Teil dieser Kohlen wird in Schiffen auf dem Rheinwege nach Antwerpen oder Rotterdam gebracht und auf diesen Plätzen zum Weitertransport nach Frankreich umgeladen. Die Schiffe aber, die die Kohlen aus dem Rheinland und Westfalen nach Antwerpen und Rotterdam bringen, werden mit englischer Kohle geladen, die Deutschland benötigt, um den Betrieb auf den deutschen Eisenbahnen und die Produktion der deutschen Industrie aufrechterhalten zu können.

Die Sachlage ist also so, daß die französischen Eisenbahnen, die Gasfabriken in Paris und die elektrischen Kraftzentralen mit deutschen, auf dem Rhein stromabwärts transportierten Kohlen versorgt werden, während Fahrzeuge englische Kohlen rheinaufwärts bringen, damit die deutschen Eisenbahnen und die Elektrizitätswerke im Ruhrgebiet weiterarbeiten können.

Den Bestimmungen des Friedensvertrages zufolge kann Deutschland mit einem großen Teil der Kohlen, die es früher für den eigenen Bedarf verwenden konnte, nicht mehr rechnen. Dies hauptsächlich durch den Verlust der großen Bergwerke in Elsaß-Lothringen und Oberschlesien und angehts der Tatsache, daß es über die bedeutenden Gruben im Saargebiet nicht mehr verfügen kann. Allein durch die Abtrennung eines Teils von Oberschlesien ging die deutsche Steinkohlenproduktion im Verhältnis zur Vorkriegszeit um 20 Proz. zurück.

Infolge der Lieferungen an Frankreich entstand in Deutschland jedoch ein starker Kohlenmangel, der durch die Einfuhr von englischen Kohlen ausgeglichen werden muß.

Auch vor dem Kriege führte zwar Deutschland, hauptsächlich für seine nördlichen Provinzen, Steinkohlen aus England ein. Im Jahre 1913 betrug J. B. die Steinkohleneinfuhr aus England ungefähr 9 Millionen Tonnen. Diese Einfuhr erfolgte hauptsächlich deswegen, weil die nördlichen Provinzen Deutschlands angesichts der geringen Frachtpreise von England nach den Distrikten und der hohen Eisenbahnfrachtpreise von den deutschen Bergwerksdistrikten nach dem Norden vorteilhafter mit englischen Kohlen arbeiten konnten.

Solche Erwägungen fallen jedoch zurzeit außer Betracht. Deutschland führt jetzt nicht aus England Kohlen ein, weil es angesichts der Transportkosten für gewisse Teile des Landes billiger ist, sondern weil es sonst keine Steinkohlen hat, um seine Eisenbahnen und Kraftwerke zu halten. In unmittelbarer Nähe der deutschen Gruben werden englische Steinkohlen benötigt. Ein großer Teil der Transportkosten oder der Steinkohlen, die Deutschland an Frankreich zu liefern hat und ein großer Teil der Kohlen, die Deutschland deswegen aus England beziehen muß, werden so buchstäblich vergeudet, in dem Maße vergeudet, daß dieselben Schiffe, die die deutschen Kohlen nach Frankreich transportieren, englische Kohlen nach den deutschen Kohlenbezirken und ihre unmittelbare Umgebung transportieren. Wenn man nicht wüßte, daß diese Regelung eine Folge des Friedensvertrages von Versailles ist, über den nun allmählich genug geschimpft wurde, könnte man an ein Irrenhaus denken, und zwar an ein solches, wo die Irren selbst regieren. Und dann würde es nicht einmal sicher sein, daß die Regelung so irrsinnig aussieht wie dies tatsächlich der Fall ist.

Zur gleichen Zeit, wo man in Deutschland über die Auswirkung des Friedensvertrages klagte, hörte man von Meldungen aus den englischen Kohlenbezirken, in denen mit Genugtuung auf die stark zunehmende Kohlenaufuhr nach Deutschland und Holland hingewiesen wurde. Im Monat Juli dieses Jahres wurden 143 000 Tonnen mehr nach Deutschland verschifft als im Monatsdurchschnitt 1913. Ueberdies war die englische Ausfuhr nach den Niederlanden 3/4 mal so groß wie die durchschnittliche Monatsausfuhr nach diesem Lande im Jahre 1913. Daraus geht hervor, daß Deutschland einen großen Teil der Steinkohlen, die vor dem Kriege ihren natürlichen Abfall in Holland fanden, nun für die ihm auferlegten Lieferungen nach Frankreich benötigt. In Deutschland ist die Kohlennot so groß geworden, daß die deutsche Regierung sich gezwungen sah, die aus England eingefuhrten Kohlen von der Besteuerung, die 40 Proz. betrug, zu befreien.

Wenn in den für das wirtschaftliche Leben Europas verantwortlichen Kreisen der gesunde Menschenverstand wieder einmal zu Worte kommen sollte, werden diese Bestimmungen sicher aufgehoben werden müssen, denn die Unsinntigkeit derselben ist zu offensichtlich.“ (Het Volk, den 18. Aug. 1922.)

Abressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

Gera-Reuß. B. Karl Eisenbraut, Gera-Untermhaus, Buchst. 15. K. A. Dit, Gera-Reuß, Colliferstraße 14 11.

Krefeld. B. Herrn. Weigel, St. Tönis 5. Krefeld, Friedrichstr. 37. K. E. Lehmann, Inrathstr. 95.

ANZEIGEN

Präger
Etuismacher
Theodor Wurm
Bonn.

Etuismacher
auf Bestekästern per sofort gesucht in dauernde angenehme Stellung.

Goldschmittmacher
für dauernde Beschäftigung und sofortigen Eintritt gesucht. Stunden- oder Alltagslohn nach Tarif.

Zoh. Berg,
Riel, Königswey Nr. 27

Bad- und Kunstverlag
Carl Hirsch, A.-G.,
Konstanz (Baden)

Hebel-Schneidemaschine
55 cm Schnittlänge (Krause) sofort zu verkaufen. Offerten unter G. B. 100 an die Exped. d. Bl. Zeitung.

Etuismacher
möglichst auf Schmuckeisen und Etalagen eingerichtet, suchen in dauernde Stellung:

Grüne u. blaue
Buchbinderschürzen
in Schwarzmeiert (Blau braun) und indigoblau zum jeweiligen Tagespreis allerhöchst.



A. C. Volz
Sobertation u. Berufshilbung.
Euttgart, Wolttefr. 77
Tel. 2355.
N. B.: Tägl. zahlreiche Knerfennungslchr. u. Handbucht

J. & G. Gottschald,
Etuismabrik,
Leipzig.

Plattgold
besonders ausgezeichnet
Schnillgold
fertig seit 1840
E. Röhny
Guldhilfshilfabrik
Augsburg 64

Goldbrönze,
Aluminiumbrönze (alt) in den Best- und Lagerposten
E. Wintler, Nord-Schreiberhan
(Niesengeb.), Kirchstraße 15.

Tücht. Etuismacher
für Bestekästern und Besteketuis sofort gesucht.
H. Stallmann, Etuismabrik
Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 15.

LEIM
Leder-, Knochen-, Mischleim
Fordern Sie Offerte in Gratismustern ein
Marcus Lissauer, Hamburg 13
Abt. Leimindustrie — Idastraße 11/13.

30000 kg
Knochen-Leim
in Fässern bis auf 70% eingedickte Ware mit sehr hoher Bindkraft. Im ganzen oder geteilt preiswert abzugeben. Eisanfrage erbeten unter „G. L. 12“ an die Exped. dieser Zeitung.